

EU-NACHRICHTEN

KURZ & KNAPP

Digitaler Wirtschafts- und Gesellschaftsindex

Deutschland muss bei der Digitalisierung noch nachlegen

Seite 3

IM FOKUS

EU-Bankenunion

Anteil notleidender Kredite mehr als halbiert

Seite 4

Beitrittsverhandlungen

Nordmazedonien und Albanien weisen Reformfortschritte auf

Seite 5



Heraufziehende Wolken über dem Nationaldenkmal in Rom: Italien droht eine noch weiter ansteigende Belastung durch Schulden.

© Shutterstock

KOORDINIERUNG DER WIRTSCHAFTSPOLITIK

Italien soll vorsichtiger haushalten

Der wirtschaftliche Kurs der italienischen Regierung ist nach Ansicht der EU-Kommission nicht gut für die Euro-Staaten in der Wirtschafts- und Währungsunion und für das Land selbst. Angesichts der Schuldenlage sei es angebracht, ein Defizitverfahren gegen Italien zu eröffnen, empfahl die Kommission den EU-Finanzministern, die darüber entscheiden müssen. Das seit 2011 laufende Defizitverfahren gegen Spanien sollte nach Ansicht der Kommission beendet werden.

> Die Bundesregierung erfüllt die Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts zur Zufriedenheit der EU-Kommission, investiert in deren Augen aber weiterhin zu wenig. Konkrete Ratschläge zur deutschen Wirtschaftspolitik finden sich in den länderspezifischen Empfehlungen, die jeder EU-Staat im Rahmen des so genannten Europäischen Semesters zur Koordinierung der Wirtschaftspolitik bekommt.

„Dass Italien das Schuldenreduzierungsziel 2018 nicht erreicht hat, spricht auf den ersten Blick für ein exzessives Defizit im Sinne des Stabilitäts- und Wachstumspakts“, schreibt die EU-Kommission. Zudem wiesen die Planungen der italienischen Regierung und die Frühjahrs-Konjunkturprognose der

Kommission darauf hin, dass Italien weder 2019 noch 2020 die vorgegebenen Schuldenreduzierungsziele erreichen werde. Das von der italienischen Regierung verabschiedete Stabilisierungsprogramm sieht für 2019 einen Anstieg der Verschuldung von 132,2 auf 132,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und für 2020 einen Rückgang auf 131,3 Prozent vor. Dagegen prognostiziert die Kommission Raten von 133,7 und 135,2 Prozent. Der EU-Grenzwert liegt bei 60 Prozent. Italiens Verschuldung ist hinter Griechenland die höchste in der EU. In Rom regiert seit einem Jahr eine Koalition aus Rechts- und Linkspopulisten, die den Wählern eine Abkehr vom Sparkurs versprochen hat. Sie will mit Steuer-senkungen und höheren Sozialausgaben das Wirtschaftswachstum antreiben.

>>

EU-DROGENBERICHT

Auch Drogenhandel nutzt digitale Kanäle

Soziale Netzwerke, Marktplätze im Darknet und Verschlüsselungstechniken spielen auch beim Drogenhandel eine zunehmende Rolle. So werden beim Kokainhandeln teils Online-Callcenter und Kuriere genutzt, wie aus dem Europäischen Drogenbericht 2019 hervorgeht. EU-Verbote von psychoaktiven Substanzen und internationale Kooperation im Kampf gegen Drogen trügen Früchte, kommentierte EU-Innenkommissar Dimitris Avramopoulos. „Aber wir müssen auch auf die Rolle der Digitalisierung im Bereich der Drogenmärkte achten“, sagte er.

“ Das Europäische Semester hat einen echten Beitrag zur Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage in Europa geleistet. ”

Valdis Dombrovskis, EU-Kommissionsvizepräsident für den Euro und den sozialen Dialog

Defizitverfahren

Ein Defizitverfahren kann erst dann eingeleitet werden, wenn die EU-Finanzminister sich dem entsprechenden Vorschlag der Europäischen Kommission anschließen. Ist dies der Fall, bekommt der betroffene Staat Empfehlungen an die Hand mit dem Ziel, die Lage innerhalb einer bestimmten Frist zu verbessern. Reagiert die Regierung darauf nicht, drohen am Ende des mehrstufigen Verfahrens Geldbußen in Höhe von 0,2 Prozent des BIP. Zu einer solchen Strafe ist es bisher allerdings noch nie gekommen.

>> Pierre Moscovici, EU-Kommissar für Wirtschaft und Finanzen, betonte, die Kommission lasse sich nicht von einer „mechanistischen oder legalistischen Anwendung der Vorschriften“ leiten, sondern von der Frage, „ob unsere Entscheidungen dem Wachstum, der Schaffung von Arbeitsplätzen und soliden öffentlichen Finanzen zuträglich sind. Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, dass dies der richtige Ansatz ist: Die öffentliche Finanzlage hat sich stetig verbessert, ohne dass das Wachstum darunter gelitten hätte“, sagte Moscovici.

Spaniens Neuverschuldung lag im vergangenen Jahr mit 2,5 Prozent des BIP erstmals seit Jahren wieder unter dem EU-Grenzwert von 3 Prozent. Die Gesamtverschuldung ist allerdings mit 97,1 Prozent des BIP immer noch sehr hoch. Gegen Spanien ist das letzte der auf die Finanzkrise zurückgehenden Defizitverfahren anhängig. 2011 liefen noch Verfahren gegen 24 der damals 27 EU-Staaten.

Empfehlungen für Deutschland

In Deutschland hätten die öffentlichen und privaten Investitionen im vergangenen Jahr zwar deutlich zugelegt, blieben aber unter dem Euroraum-Durchschnitt, stellt die Kommission in ihren länderspezifischen Empfehlungen fest. Es seien mehr Anstrengungen erforderlich, um den „großen Rückstand“ insbesondere bei Investitionen in Infrastruk-

tur und Bildung aufzuholen. Das gelte vor allem für die regionalen und kommunalen Behörden. Angesichts der guten Haushaltslage hätten diese genug Spielraum.

Unzufrieden zeigte sich die Kommission auch mit Blick auf die Digitalisierung. Diese verlaufe vor allem mit Blick auf kleine und mittelgroße Unternehmen weiterhin langsam. Deutschland hinke allgemein beim Ausbau schneller Breitbandnetze hinterher, besonders im ländlichen Raum. Dem Bericht der Kommission zufolge hatten Mitte 2018 lediglich 9 Prozent der deutschen Haushalte einen hochleistungsfähigen Glasfaseranschluss verglichen mit 30 Prozent im EU-Durchschnitt. Auch bei digitalen Behördenangeboten und E-Gesundheitsdiensten liege Deutschland zurück.

Die Kommission widmete sich auch den in Deutschland in den vergangenen Monaten zunehmend hitziger diskutierten Preisen für Immobilienkauf und Mieten. 20 Prozent der Altersgruppe über 65 Jahre mussten demnach über 40 Prozent ihres verfügbaren Einkommens für ein Dach über dem Kopf ausgeben. Im EU-Durchschnitt müssten nur rund 10 Prozent in diesem Alter so viel Geld fürs Wohnen aufbringen. Trotz Mietpreisbremse, Baukindergeld und finanziellen Anreizen für den Bau von Sozialwohnungen könne die Nachfrage nach Wohnraum aber bei Weitem nicht gedeckt werden. Die Kommission empfiehlt, den sozialen Wohnungsbau zu beschleunigen, Verkehrsverbindungen zu verbessern sowie die Regelungen für Landnutzung und Wohnungsbau zu reformieren.

Zu den Ratschlägen, die Deutschland schon häufiger bekommen hat, gehören:

- > Die hohe Steuer- und Abgabenbelastung auf Arbeit reduzieren, insbesondere für Gering- und Zweitverdiener.
- > Langfristig ein angemessenes Rentenniveau sichern.
- > Wettbewerb bei Unternehmensdienstleistungen und reglementierten Berufen stärken.

Die länderspezifischen Empfehlungen werden nun im Kreis der Regierungen diskutiert und von diesen dann in der Regel ohne wesentliche Änderungen beschlossen. Der Kommission zufolge haben die Mitgliedstaaten über zwei Drittel der seit 2011 ausgesprochenen Empfehlungen umgesetzt und dabei „zumindest einige Fortschritte“ erzielt. Dies sei vor allem in der Finanz- und Beschäftigungspolitik der Fall. (ste/frh) >|

■ Reformempfehlungen für Mitgliedstaaten



Credit © European Union, 2019

INDEX FÜR DIGITALE WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT

Deutschland bei Digitalisierung im EU-Mittelfeld

Die größten Volkswirtschaften der EU – Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien und das Vereinigte Königreich – sind keine digitalen Vorreiter. Das geht aus dem jährlich erstellten Digital Economy and Society Index (DESI) hervor, dessen neue Ausgabe die EU-Kommission veröffentlicht hat. Da die vier Staaten mehr als 55 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) der EU beitragen, gefährdet dieser Befund die Wettbewerbsfähigkeit der EU insgesamt, heißt es in dem Bericht. Deutschland belegt im Ranking den 12. Platz unter den 28 Mitgliedstaaten.

Die Festnetz-Breitbandabdeckung liegt hierzulande bei 98 Prozent. Bei der Nutzung des ultraschnellen Breitbands liegt Deutschland aber immer noch unter dem EU-Durchschnitt. Es gebe eine digitale Kluft zwischen Stadt und Land in Bezug auf die feste „Next Generation Access-Netzabdeckung“, und der Anteil der Glasfaseranschlüsse sei immer noch sehr gering, heißt es. Zu den EU-Spitzenreitern gehört Deutschland bei den digitalen Kompetenzen der Bevölkerung. Eine der größten digitalen Herausforderungen sieht die EU-Kommission darin, die Online-Interaktion zwischen den Behörden und der Öffentlichkeit zu verbessern. Bei der Nutzung von digitalen Behördenangeboten liegt Deutschland auf Platz 26: Nur 43 Prozent nutzen elektronische Behördendienste und nur 7 Prozent E-Gesundheitsdienste. Am besten schnitten im DESI Finnland, Schweden, die Niederlande und Dänemark ab.

© Shutterstock

Digitaler Index

VORSCHLAG FÜR EU-HAUSHALT 2020

Beschäftigung und Klimaschutz im Fokus

Zur Bekämpfung des Klimawandels will die EU-Kommission im kommenden Jahr 21 Prozent der Haushaltsmittel zur Verfügung stellen. Das geht aus dem von ihr vorgeschlagenen Gesamthaushaltsplan 2020 hervor. Dies ist der letzte der Kommission unter Präsident Jean-Claude Juncker und der letzte im Rahmen der laufenden siebenjährigen Haushaltsplanung 2014 bis 2020. Schwerpunkte sind außer dem Klimaschutz laut Haushaltskommissar Günther Oettinger auch diesmal eine wettbewerbsfähige Wirtschaft, die Förderung junger Menschen sowie Sicherheit und Solidarität in und außerhalb der EU.

Die Kommission schlägt Ausgaben in Höhe von 153,5 Mrd. Euro vor, das sind 3,5 Prozent mehr als im laufenden Jahr und 0,90 Prozent des EU-Bruttoinlandsprodukts (BIP).

EU-Haushalt 2020

BRITISCHER EU-AUSTRITT

EU-Kommission drängt auf Vorbereitungen

Unternehmen und Behörden in der EU sollten den auf den 31. Oktober verschobenen Brexit-Termin nutzen, um sich auf die Folgen des britischen Austritts vorzubereiten. Das gelte vor allem für das „durchaus mögliche“ Szenario eines unregelmäßigen Austritts ohne Vertrag mit der EU, heißt in einer neuen Bestandsaufnahme der Brexit-Vorbereitungen durch die EU-Kommission. „Einige offene Fragen“ gebe es zum Beispiel noch bei Finanzdienstleistern. Auch 718 chemische Stoffe, die für eine Vermarktung in der EU nach Regeln der Chemikalienverordnung REACH registriert sind, seien derzeit lediglich von britischen Antragstellern eingetragen. Sie müssten auf Registranten aus EU-Staaten übertragen werden. Übertragen werden müssten auch noch britische Bescheinigungen für Medizinprodukte, und auch bei auf nationaler Ebene zugelassenen Arzneimitteln gebe es noch Arbeit.

Bestandsaufnahme der Vorbereitungsmaßnahmen

VERTRAGSVERLETZUNGSVERFAHREN EINGELEITET

Bei der Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie hapert es

13 Jahre nach der Verabschiedung der EU-Dienstleistungsrichtlinie beklagt die EU-Kommission Mängel bei der Anwendung. Sie werde alle 28 Mitgliedstaaten – auch Deutschland – schriftlich auffordern, für nutzerfreundliche Anlaufstellen für Dienstleister und Angehörige reglementierter Berufe zu sorgen, teilte die Kommission mit. Bleiben die Regierungen untätig, droht eine Verschärfung des Vertragsverletzungsverfahrens und im schlimmsten Fall eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof. Nach der Richtlinie für den freien Dienstleistungsverkehr im Binnenmarkt müssen die Mitgliedstaaten so genannte einheitliche Ansprechpartner einrichten, die Dienstleister und Angehörige reglementierter Berufe bei der Überwindung administrativer Hürden für die Ausübung einer Tätigkeit unterstützen sollen. Die Kommission sieht unter anderem Mängel bei Verfügbarkeit und Qualität von Online-Informationen. Ein weiteres Vertragsverletzungsverfahren wurde gegen die Bundesregierung eingeleitet, weil sie laut Kommission die EU-Vorschriften zum Recycling von Schiffen nicht vollständig umgesetzt hat. Gegen acht weitere Mitgliedstaaten wurde deshalb ebenfalls ein Verfahren eröffnet.

Vertragsverletzungsverfahren

AUFBAU DER EUROPÄISCHEN BANKENUNION

EU-Banken haben deutlich weniger faule Kredite in den Büchern

Der Anteil notleidender Kredite bei EU-Banken hat sich seit 2014 mehr als halbiert und bewegt sich Richtung Vorkrisenniveau. Im dritten Quartal 2018 ist die Quote auf 3,3 Prozent gesunken, das sind 1,2 Prozentpunkte weniger als im Vorjahr, wie aus einem Bericht der EU-Kommission hervorgeht. In einigen Ländern, vor allem in Griechenland, Zypern und Portugal, ist der Anteil solcher Kredite allerdings immer noch sehr hoch.

> Insgesamt seien die Banken im Vergleich zu 2014 aber nach einer Kapitalaufstockung von 234 Mrd. Euro und zusätzlicher Liquidität von 812 Mrd. Euro deutlich widerstandsfähiger gegen wirtschaftliche Schocks, heißt es in dem Bericht.

„Angesichts dieses Fortschritts appelliere ich an die EU-Finanzminister, weitere Schritte zur Vervollständigung der Bankenunion zu unternehmen“, sagte EU-Kommissionsvizepräsident Valdis Dombrovskis. Nötig sei es vor allem, mit einer gemeinsamen Einlagensicherung für Sparguthaben im Euroraum voranzukommen – das ist neben der einheitlichen Beaufsichtigung der EU-Geldhäuser unter dem Dach der Europäischen Zentralbank und einem Abwicklungsmechanismus für Krisenbanken die noch ausstehende dritte Säule der Bankenunion. Durch eine grenzüberschreitende Risikoteilung sollen die Stabilität der Wirtschafts- und Währungsunion gesichert und das Vertrauen in die Banken des Euroraums gesteigert werden. Vor allem in Deutschland gibt es Befürchtungen, bei der Insolvenz südeuropäischer Banken zahlen zu müssen. Deshalb besteht die Bundesregierung darauf, dass zunächst faule Kredite in Italien, Griechenland und Portugal abgebaut werden.

Die EU-Staats- und Regierungschefs wollen bei ihrem Juni-Gipfel über eine Vertiefung der Währungsunion beraten. Die EU-Kommission drängt auf den Beginn politischer Verhandlungen über das Einlagensicherungssystem, weitere Fortschritte beim Aufbau einer

Kapitalmarktunion sowie auf den Abschluss der Arbeiten an einem Budget für den Euroraum und zur Stärkung des Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM, damit überschuldete Mitgliedstaaten leichter finanziell unterstützt werden können. Beides haben die Mitgliedstaaten bereits grundsätzlich befürwortet. Nicht fest stehen bisher Merkmale und Volumen des Euroraum-Budgets, das Bestandteil des EU-Gemeinschaftshaushalts sein und nach einem Beschluss der Finanzminister zur Förderung von Konvergenz und Wettbewerbsfähigkeit genutzt werden soll.

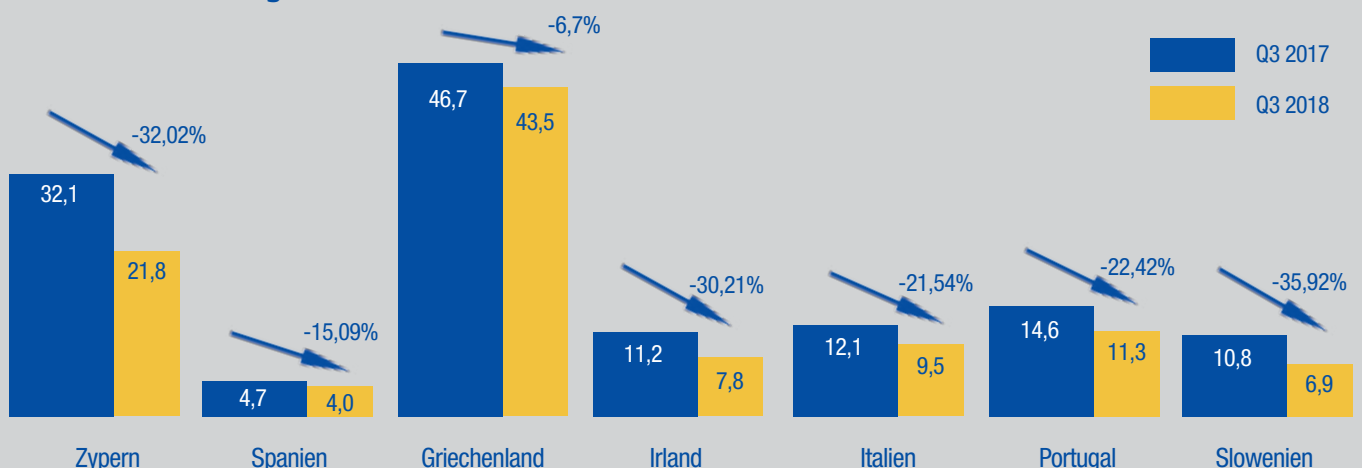
Auch eine Änderung des ESM-Vertrags steht noch aus, damit der ESM künftig als eine Art Europäischer Währungsfonds in Not geratenen Staaten früher mit Krediten unter die Arme greifen kann. Er soll mit der EU-Kommission bei der Bewertung von Wirtschaftsreformen in Krisenländern zusammenarbeiten, wenn diese ein Kreditprogramm internationaler Geldgeber angenommen haben. Zudem soll der ESM auch als Letztsicherung im Falle einer Bankenkrise zum Einsatz kommen. Reichen die Mittel des Bankenabwicklungsfonds SRF nicht aus, soll der ESM einspringen.

Internationale Rolle des Euro stärken

Darüber hinaus forderte die Kommission, die Bemühungen zu verstärken, um dem Euro mehr Gewicht auf internationaler Ebene zu geben. Eine Reihe von Konsultationen in den Sektoren Devisen, Energie, Rohstoffe, Agrarrohstoffe und Verkehr hätten gezeigt, dass die Unterstützung für eine Verringerung der Abhängigkeit vom US-Dollar groß sei. Erwartet werde auch, dass die EU über den Euro ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit stärken und eine wichtigere globale Rolle spielen könne. (ste) >|

■ Bilanz der Wirtschafts- und Währungsunion

Entwicklung notleidender Kredite in ausgewählten EU-Staaten (Anteil an allen vergebenen Krediten in Prozent)



Quelle: Europäische Zentralbank, EU-Kommission

EU-KOMMISSION STELLT REFORMFORTSCHRITTE FEST

Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien und Albanien empfohlen

Die Europäische Union sollte mit Nordmazedonien und Albanien Verhandlungen über einen EU-Beitritt aufnehmen. Das empfiehlt die EU-Kommission. In ihren jährlichen Fortschrittsberichten für den westlichen Balkan und die Türkei attestiert sie beiden Ländern „beeindruckende Reformen“ im Justizsystem und beim Kampf gegen Korruption. „All diese Bemühungen zeugen von der Anziehungskraft der Europäischen Union“, erklärte EU-Erweiterungskommissar Johannes Hahn. Über die Empfehlung der Kommission werden die EU-Staats- und Regierungschefs voraussichtlich auf ihrem Gipfeltreffen am 20. und 21. Juni beraten.



© Shutterstock

> „Albanien und Nordmazedonien haben sich entschieden für Fortschritte auf dem Weg in die EU eingesetzt und Ergebnisse erzielt, die konkret sind und nicht rückgängig gemacht werden dürfen“, so die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini. Darauf müssten die Mitgliedstaaten nun antworten. Die Erweiterungspolitik der EU sei eine Investition in Frieden, Sicherheit, Wohlstand und Stabilität in Europa.

EU-Staaten hatten Reformen gefordert

Die EU-Staaten haben die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Albanien und Nordmazedonien bereits im Juni vergangenen Jahres grundsätzlich befürwortet. Der Beginn der Gespräche wurde in den entsprechenden Ratsschlussfolgerungen für Juni dieses Jahres angestrebt, allerdings abhängig von den bis dahin erfolgten Reformfortschritten. Beide Länder waren unter anderem ausdrücklich aufgefordert worden, gegen Korruption und organisierte Kriminalität vorzugehen.

Nordmazedonien hat bereits seit Ende 2005 den Status eines Beitrittskandidaten. Die Aufnahme von Verhandlungen war allerdings jahrelang nicht möglich, da Griechenland aufgrund des Streits um den Namen „Mazedonien“, den auch eine Region im Norden Griechenlands trägt, seine Zustimmung verweigerte. Nach einem im Juni 2018 von beiden Seiten erzielten historischen Abkommen heißt die „Frühere jugoslawische Republik Mazedonien“ (mit der englischen Abkürzung FYROM) seit Februar dieses Jahres offiziell Nordmazedonien. Die Einigung sei „ein Beispiel für die gesamte Region und darüber hinaus“, sagte Hahn. Nordmazedonien habe

außerdem greifbare Reformfortschritte in Schlüsselbereichen wie der Justiz, der Geheimdienste und der öffentlichen Administration erreicht, stellte die Kommission fest.

CDU/CSU will Berichte gründlich prüfen

Albanien ist seit Juni 2014 Beitrittskandidat der EU. Die Regierung bringe die Justizreform kontinuierlich voran und erfülle insgesamt internationale Menschenrechtsstandards, wird in dem Fortschrittsbericht unter anderem gelobt. Die Mitgliedstaaten müssen der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen einstimmig zustimmen. 13 Außenminister erklärten am 11. Juni ausdrücklich ihre Unterstützung für die Aufnahme von Verhandlungen. Skepsis gibt es noch in den Niederlanden und Frankreich. In Deutschland hat Staatsminister Michael Roth für Beitrittsverhandlungen plädiert. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat angekündigt, erst die Fortschrittsberichte gründlich zu prüfen. Erst nach der Sommerpause solle über die deutsche Haltung zu neuen Beitrittsverhandlungen entschieden werden.

Nichts Neues enthält der aktuelle Fortschrittsbericht zur Türkei. Vor einem Jahr hatten die Mitgliedstaaten einstimmig festgestellt, dass die im Oktober 2005 aufgenommenen Beitrittsverhandlungen praktisch zum Stillstand gekommen sind und aufgrund der politischen Entwicklung des Landes auch derzeit nicht fortgesetzt werden könnten. „An den dieser Bewertung zugrunde liegenden Fakten hat sich nichts geändert“, hielt die Kommission fest. (ste/frh) >|

■ EU-Kommission empfiehlt Beitrittsverhandlungen

Nordmazedonien und Albanien (im Bild der albanische Ort Berat) machen sich Hoffnungen auf einen EU-Beitritt. Die EU-Kommission bescheinigt den Ländern deutliche Fortschritte auf dem Weg dorthin.

Beitrittskandidaten der EU

Die EU-Staats- und Regierungschefs haben den sechs Staaten des westlichen Balkans 2003 die Perspektive eines EU-Beitritts in Aussicht gestellt. Seitdem wurden Verhandlungen mit Montenegro im Juni 2012 und mit Serbien im Januar 2014 aufgenommen. Die Gespräche mit der Türkei laufen seit Oktober 2005. Neben Albanien, Nordmazedonien sowie Bosnien und Herzegowina wartet noch das Kosovo auf die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen.

BEZIEHUNGEN ZUR SCHWEIZ

Juncker will sich für Abschluss des Rahmenabkommens mit Bern engagieren

Die Schweiz ist kein EU-Mitglied, pflegt aber sehr enge, freundschaftliche Beziehungen zu den Unionsstaaten und ist auch wirtschaftlich stark mit ihnen verbunden. Um die Beziehungen noch weiter zu vertiefen und langfristig auf eine stabilere politische Grundlage zu stellen, arbeiten beide Seiten seit gut fünf Jahren an einem Rahmenabkommen. EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker möchte dieses vor Ablauf der Amtszeit seiner Kommission Ende Oktober noch zum Abschluss bringen, dies hat er in einem Brief an die Schweizer Regierung (den Bundesrat) betont.



© Shutterstock

Die Schweiz ist ein attraktiver Partner für die EU. Das geplante Rahmenabkommen soll die engen Beziehungen noch weiter vertiefen.

> Fertig ausgehandelt ist das Rahmenabkommen seit November. In der Schweiz gibt es allerdings noch Bedenken, die einer Unterzeichnung im Weg stehen. Juncker hat der Schweiz nun „Klarstellungen“ zugesagt, Nachverhandlungen in einem Brief an den Schweizer Bundesratspräsidenten Ueli Maurer aber erneut ausgeschlossen. Das Rahmenabkommen soll etliche bestehende bilaterale Abkommen zwischen der EU und der Schweiz ersetzen. Die EU verfolgt das vorrangige Ziel, dass die Schweiz ihr Recht an alle neuen binnenmarktrelevanten EU-Regelungen anpassen muss, damit nicht jedes Mal bilaterale Vereinbarungen überarbeitet werden müssen.

Der Schweizer Bundesrat hatte am 7. Juni zwar seine insgesamt positive Einschätzung des Abkommens bekräftigt, vor der Paraphierung aber „Klärungen“ verlangt. Es gebe weiterhin Fragen zu „Bestimmungen über den Lohn- und Arbeitnehmerschutz, die staatlichen Beihilfen und die Unionsbürgerrichtlinie“.

„Ich bin bereit, alle Zweifel zu zerstreuen, und offen für zusätzliche Diskussionen“, solange damit dem Verhandlungstext nicht widersprochen werde und dies eine Einigung in den nächsten Tagen erlaube, schrieb Juncker nach Beratungen mit den EU-Botschaftern. Das müsse aber rasch geschehen, da-

mit das Kollegium der EU-Kommissare bei seiner Sitzung am 18. Juni eine generelle Bewertung der bilateralen Beziehungen vornehmen könne.

Zeitdruck wegen Börsenrecht

Zeitdruck besteht auch, weil die EU die Annahme des Rahmenabkommens durch Bern damit verknüpft hat, die Schweizer Börsenregulierung als gleichwertig mit den EU-Regeln für den Aktienhandel zu betrachten. Dadurch können in der EU zugelassene Aktien in der Schweiz gehandelt werden, und Schweizer Händler bekommen Zugang zum EU-Markt. Die Äquivalenz gilt aber nur noch bis Ende Juni. Gibt es bis dahin keine Einigung oder Verlängerung, endet die Anerkennung.

Ein Problem der Schweizer mit dem Rahmenabkommen ist das EU-System der Beihilfenkontrolle, das sie nach Aussage der Regierung in der Form nicht haben und von dem sie etwa ihre Kantonbanken ausgenommen sehen wollen. Weitere Diskussionspunkte sind bestimmte Lohnschutzregeln, der Zugang von EU-Bürgern zu Sozialhilfe und ihr Recht auf Daueraufenthalt. Laut Medienberichten will Bern deshalb die EU-Unionsbürgerrichtlinie nur nach weiteren Verhandlungen in der Schweiz einführen.

Große Stolpersteine bereits weggeräumt

Einige Hindernisse konnten aber weggeräumt werden. Sie waren durch einen 2014 mit 50,3 Prozent der abgegebenen Stimmen angenommenen Volksentscheid über die Begrenzung der Einwanderung in die Schweiz entstanden. Zu dessen Umsetzung wurde schließlich ein Gesetz beschlossen, das auch Juncker als korrekt angewendetes EU-Recht einstufte. Bevor ein neuer Arbeitnehmer von weit her eingestellt werde, müssten die zuständigen Arbeitsämter geeignete inländische Jobsuchende auf die Stelle hinweisen. Ähnliche Gesetze gebe es auch in EU-Mitgliedstaaten, unter anderem in Luxemburg, so Juncker. Mit dieser Regelung sieht die Kommission das im EU-Recht verankerte Recht auf Personenfreizügigkeit gewahrt, das für sie untrennbar mit den übrigen Rechten im Binnenmarkt verbunden ist. Zuvor standen dagegen eine Steuerung der Zuwanderung, ein Vorrang für Schweizer bei der Jobvergabe und die Einführung von Jahreskontingenten für EU-Ausländer im Raum. (ste/frh) >|

■ Brief Junckers an den Bundesrat

Rahmenabkommen EU-Schweiz

Unter das geplante Abkommen fallen fünf bestehende Marktzugangsabkommen (Personenfreizügigkeit, Landverkehr, Luftverkehr, Abbau technischer Handelshemmnisse und Landwirtschaft) sowie alle zukünftigen Marktzugangsabkommen, wie das geplante Abkommen über die Strommärkte. Mit dem Rahmenabkommen soll auch ein eigenes Schiedsgericht für Streitfälle geschaffen werden, der Europäische Gerichtshof soll aber das letzte Wort bei Fragen zur Auslegung des EU-Rechts haben.

DATUM	THEMA	ORT	KONTAKT
> 17.06.2019 11.30–16.00 Uhr	„Der Europäische Innovationsrat (EIC) – neue Fördermöglichkeiten für bahnbrechende Technologien, disruptive und marktschaffende Innovationen“ Podiumsdiskussion Veranstalter: Vertretung der Europäischen Kommission	Europäisches Haus Unter den Linden 78 10117 Berlin	https://ec.europa.eu/germany/events/der-europaeische-innovationsrat_de
> 19.06.2019 11.00–13.00 Uhr	„Sich für Europa einsetzen“ Festliche Preisverleihung im Europäischen Wettbewerb Veranstalter: Europa-Union-Deutschland, Landeshauptstadt Wiesbaden	Rathaus Wiesbaden Schloßplatz 3 65189 Wiesbaden	www.europatermine.de/termine/datum/2019/juni/19/termin/einzel/sich_fuer_europa_einsetzen.html
> 22.06.2019 10.00–16.00 Uhr	„Auf in die Welt – Deine Messe für Auslandsaufenthalte und Internationale Bildung“ Informationsveranstaltung Veranstalter: Deutsche Stiftung Völkerverständigung	Freizeitheim Vahrenwald Vahrenwalder Straße 92 30165 Hannover	www.aufindiewelt.de/messen/22062019-hannover/
> 22.06.2019 10.00–16.00 Uhr	„JuBi – Die JugendBildungsmesse in Köln“ Informationsveranstaltung Veranstalter: weltweiser – Der unabhängige Bildungsberatungsdienst	Hildegard-von-Bingen-Gymnasium Leybergstraße 1 50939 Köln	https://jugendbildungsmesse.de/jubi-standorte/austauschjahr-koeln-nrw/
> 24.–26.06.2019 12.00 Uhr	„Konferenz eCommerce of Food“ Internationale Konferenz (Konferenzsprache englisch) Veranstalter: EU-Kommission, Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL)	H4 Hotel Berlin Alexanderplatz Karl-Liebknecht-Straße 32 10178 Berlin	www.bvl.bund.de/EN/07_TheFederalOffice/06_Events/eCommerce2019/eCommerce_node.html
> 25.06.2019 16.00–17.30 Uhr	„Die EU Ratspräsidentschaft Rumäniens“ Vortrag Veranstalter: EIZ Rostock, EDIC MV	Haus Europa Mühlenstraße 9 18055 Rostock	www.eiz-rostock.de/events/zusammenhalt-als-gemeinsamer-europaeischer-wert-eu-ratspraesidentschaft-rumaeniens/
> 25.06.2019 18.00–19.30 Uhr	„Europa hat gewählt!“ Podiumsdiskussion Veranstalter: EuropaPunktBremen	EuropaPunktBremen Am Markt 20 28195 Bremen	www.diebevollmaechtigte.bremen.de/detail.php?gsid=bremen32b.c.20544.de&asl=bremen32b.c.13401.de
> 25.06.2019 18.00–20.00 Uhr	„Europa hat gewählt!“ Podiumsdiskussion Veranstalter: Europa Zentrum Baden-Württemberg	Universität Tübingen Geschwister Scholl Platz 72074 Tübingen	www.europatermine.de/termine/datum/2019/juni/25/termin/einzel/europa_hat_gewaehlt.html
> 25.06.2019 19.00–20.30 Uhr	„Brexit – Game Over?“ Podiumsdiskussion Veranstalter: Amt für Weiterbildung/ Volkshochschule Köln	VHS Studienhaus am Neumarkt Cäcilienstraße 35 50667 Köln	https://vhs-koeln.de/Veranstaltung/titel-Brexit++Game+Over?cmx5b3f-53894ba69.html
> 28.06.2019 08.30–10.30 Uhr	„Klimaneutralität in der EU umsetzen. Deutschlands Rolle für eine ambitionierte europäische Klima-Langfriststrategie“ Informationsveranstaltung Veranstalter: Umweltdachverband Deutscher Naturschutzring (DNR), Germanwatch, Europäischen Bewegung Deutschland (EBD)	Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland Unter den Linden 78 10117 Berlin	https://netzwerk-ebd.us8.list-manage.com/subscribe?u=af5795b74634b16dfcfc8d47&id=491bf3399

> Alle Termine zum Nachlesen und Anklicken finden Sie auch noch einmal hier: https://ec.europa.eu/germany/news/eu-nachrichten_de

IMPRESSUM

© Europäische Union, 2019

Herausgeber:

Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:

Leitung: Richard Kühnel
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

Regionalvertretung in Bonn:

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

Regionalvertretung in München:

Bertha-von-Bentheim-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:

Reinhard Hönighaus, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)
Frank Hütten, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski

Herstellung:

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH
Klimaneutral gedruckt und mit FSC®-Zertifizierung als Nachweis der Holzherkunft aus guter Waldbewirtschaftung.



Haftungsausschluss:

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.



Vertretung in Deutschland

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook



und folgen Sie uns auf Twitter

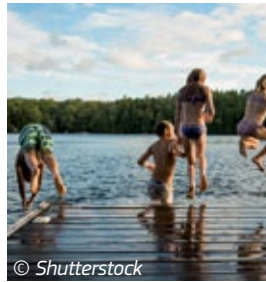


© Europäische Kommission, 2019

DEUTSCHLAND SCHNEIDET ÜBERDURCHSCHNITTLICH AB

Qualität europäischer Badegewässer online einsehbar

Wer in Deutschland an einer von fast 2.300 überwachten Badestellen ins Meer, einen See oder einen Fluss springen will, kann sich überdurchschnittlich häufig über eine ausgezeichnete Gewässerqualität freuen. 92,7 Prozent der getesteten deutschen Badestellen wiesen in der Vorsaison eine solche Qualität auf, wie aus dem EU-Badegewässerbericht 2019 hervorgeht. Im EU-Durchschnitt lautete in knapp 85 Prozent der Fälle das Urteil „ausgezeichnet“. Nur sechs Badestellen in Deutschland werden als mangelhaft eingestuft. Die Ergebnisse jedes einzelnen getesteten Badeplatzes in der EU können online nachgesehen werden.



© Shutterstock

Dank guter Überwachung der Badegewässer „können die Bürgerinnen und Bürger in diesem Sommer bewusst entscheiden, wo sie ins Wasser springen“, sagte EU-Umweltkommissar Karmenu Vella.

■ *Badegewässerbericht der EU*

EU VERGIBT REISEGUTSCHEINE

Junge Menschen können Europa entdecken

Weitere 20.000 junge Menschen können mit Gutscheinen des EU-Programms DiscoverEU zwischen dem 1. August 2019 und dem 31. Januar 2020 bis zu 30 Tage lang durch Europa reisen. Ziel ist es, dass sie die Vielfalt und die Schönheiten des Kontinents entdecken, neue Menschen kennenlernen und später davon erzählen: etwa in den sozialen Medien oder bei Vorträgen an ihrer Schule oder in ihrer Heimatgemeinde. Von den in der dritten Ausschreibungsrunde des Programms ausgewählten 18-Jährigen kommen 3.232 aus Deutschland.



© Shutterstock

Die Kommission plant bis Jahresende eine weitere Bewerbungsrunde, bei der erneut 20.000 Reisetickets vergeben werden sollen. Fristen und weitere Informationen werden auf dem Europäischen Jugendportal bekannt gemacht.

■ *Europa entdecken mit DiscoverEU*

15.000 EURO PRO KOMMUNE

Weitere Ausschreibungen für WiFi-Fördermittel geplant

Im Mai bekamen über 500 Städte und Gemeinden in Deutschland von der EU-Kommission einen Gutschein im Wert von 15.000 Euro. EU-weit profitierten 3.400 Kommunen. Das Geld ist gedacht, um frei zugängliche WiFi-Hotspots in Rathäusern, öffentlichen Bibliotheken, Museen, Parks oder an anderen öffentlichen Orten einzurichten. Vergeben werden die Fördermittel aus dem Programm WiFi4EU in verschiedenen Ausschreibungsrunden. Interessierte Kommunen können sich online registrieren. Am Ausschreibungstag kommt es dann darauf an, sich möglichst schnell anzumelden. Bisher waren die verfügbaren Gutscheine immer im Nu vergeben.

In diesem Jahr soll es noch eine Ausschreibung geben, 2020 eine weitere. „Wir werden die Europäer weiterhin vernetzen, damit sie die Vorteile des digitalen Binnenmarkts nutzen können“, sagte die für digitale Wirtschaft und Gesellschaft zuständige Kommissarin Mariya Gabriel. Im Mai gingen Fördermittel unter anderem nach Kiel, Baden-Baden, Weimar, Mönchengladbach, Paderborn, Saarlouis, Bad Münstereifel und an viele kleinere Gemeinden.

■ *EU fördert kostenloses WLAN*

HOCHSCHULRANKING U-MULTIRANK 2019

Spitzenwerte für acht deutsche Institutionen

Acht Bildungs- und Forschungseinrichtungen aus Deutschland erreichten beim diesjährigen U-Multirank-Hochschulranking Spitzenbewertungen: Die Jacobs University in Bremen, die WHU – Otto Beisheim School of Management in Vallendar, das Karlsruher Institut für Technologie, die Technische Universität München, die Frankfurt School of Finance & Management, die Technische Universität Hamburg, die Universität Stuttgart und die Humboldt-Universität Berlin. Verglichen wurden die Leistungen von mehr als 1.700 Universitäten aus 96 Ländern in den Bereichen Lehre und Lernen, Forschung, Wissenstransfer, internationale Ausrichtung und regionales Engagement. Initiiert wurde der Vergleich von der EU-Kommission, finanziert wird der Bericht zum Teil aus dem Budget des EU-Mobilitätsprogramms Erasmus+.

„Da wir auf die Schaffung eines Europäischen Bildungsraums hinarbeiten, in dem jeder die beste Ausbildung erhält und frei über die Grenzen hinweg studieren kann, und unsere führende Initiative für europäische Universitäten entwickeln, bin ich sicher, dass U-Multirank weiterhin wertvolle Informationen für Bewerber bereitstellen wird“, sagte Tibor Navracsics, EU-Kommissar für Bildung, Kultur, Jugend und Sport.

■ *EU-Hochschulranking*



© Shutterstock